

SOPAINFO **rente**

05

...und sie bewegt sich doch!

SPD beschließt Positionen zur Rente

In den letzten Monaten haben die Debatten um Altersarmut und Rentenniveau an Fahrt gewonnen. Auch die IG Metall hat im Rahmen ihrer Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“ ihr rentenpolitisches Konzept in die Auseinandersetzung gebracht. Dabei ging und geht es um eine gute Altersversorgung, flexiblen Ausstieg und eine solide Finanzierung. Nun hat der SPD-Parteikonvent am 24. November mit großer Mehrheit bei vier Enthaltungen umfassende Positionen zur Alterssicherung verabschiedet, die im Folgenden dargestellt und bewertet werden.

Im Alter gut versorgt?

Mit einer Reihe von Maßnahmen will die SPD die Versorgung im Alter verbessern:

Erstens: Die SPD sieht eine wesentliche Ursache zunehmender Altersarmut in der Prekarisierung der Arbeit. Deshalb plant sie Reformen am Arbeitsmarkt. Dazu sollen:

- ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt,
- der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verankert,
- Werkverträge und Leiharbeit reguliert sowie
- die sachgrundlose Befristungen abgeschafft werden.

Zweitens: Es soll eine aus Steuermitteln finanzierte „Solidarrente“ eingeführt werden. Versicherte mit mindestens 30 Beitragsjahren und 40 Versicherungsjahren erhalten künftig eine Rente von mindestens 850 Euro. Zudem sollen Zeiten der Arbeitslosigkeit und Beschäftigungszeiten im Niedriglohnbereich künftig höher bewertet werden (Rente nach Mindestentgeltpunkten).

Drittens: Das bisherige Sicherungsniveau soll bis zum Jahr 2020 gehalten werden. Im Jahre 2020 soll dann neu bewertet werden, „wie über die Wirkungen der Reformen am Arbeitsmarkt im Hinblick auf Beschäftigung, Einkommen und Produktivität, die Anknüpfung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen ist“ (Beschluss SPD Parteikonvent v. 24.11. 2012, S. 5).

Viertens: Die betriebliche Altersversorgung soll gestärkt werden. Dazu soll zukünftig jeder Arbeitgeber jedem Beschäftigten eine Entgeltumwandlung zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung anbieten müssen, „sofern der Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin nicht selbst darauf verzichtet (Arbeitgeber-

Obligatorium mit Opt-Out-Regel für den Arbeitnehmer/in)“ (Beschluss Parteikonvent, S. 5).

Fünftens: In der kommenden Legislaturperiode soll nach Vorstellungen der SPD ein „einheitliches Rentensystem für Ost und West“ geschaffen werden. Ab 2020 soll es in Ost und West keine Unterschiede mehr geben. „Damit wird der Aufwertungsfaktor für Löhne in Ostdeutschland abgeschafft.“ (Beschluss Parteikonvent, S. 6)

Bewertung:

Die Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes weisen eine große Schnittmenge mit gewerkschaftlichen Forderungen auf. Offen bleibt allerdings mit welchen Maßnahmen einige der formulierten Ziele erreicht werden sollen.

Die rentenrechtlichen Reformvorschläge zur Vermeidung der Altersarmut gehen in die richtige Richtung. Auch die IG Metall fordert etwa die Fortführung der Rente nach Mindestentgeltpunkten und eine bessere Bewertung von Zeiten der Arbeitslosigkeit. Die SPD wird aber ihre Vorschläge weiter konkretisieren müssen, letztlich entscheidet die konkrete Ausgestaltung über die Wirkung der Vorschläge.

Hinsichtlich der Kernfrage nach dem Erhalt und dem Ausbau des aktuellen Rentenniveaus hinterlässt der Beschluss allerdings mehr Fragen als Antworten. Wer das aktuelle Rentenniveau halten will, kommt nicht umhin in die Rentenformel einzugreifen. Ein solcher Eingriff ist aktuell nicht vorgesehen und wird für die Zukunft lediglich vage angedeutet.

Auch die IG Metall plädiert für eine Stärkung der betrieblichen Altersversorgung - als Ergänzung und



„Die SPD greift mit ihrem Rentenkonzept wichtige Forderungen der IG Metall auf. Wenn das derzeitige Rentenniveau tatsächlich bis zum Ende des Jahrzehnts erhalten werden soll, wäre das gut. Offen bleibt aber, wie das ohne Eingriffe in die Rentenformel gelingen soll.“

Hans-Jürgen Urban,
geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der
IG Metall

nicht als Ersatz - zur gesetzlichen Rentenversicherung. Offen bleibt beim Vorschlag der SPD allerdings wie die unbedingt notwendige Beteiligung an der Finanzierung sichergestellt werden kann.

Mehr als 20 Jahre nach der Deutschen Einheit besteht nach wie vor kein einheitliches Rentenrecht. Deshalb plädiert auch die IG Metall dafür, die nicht zu rechtfertigenden Ungleichbehandlungen zwischen West- und Ostdeutschland, die ihren Ursprung in der ungleichen Lohnentwicklung haben, abzubauen. Der von der SPD vorgeschlagene Weg könnte für kommende Rentnergenerationen allerdings zum Bumerang werden, wenn ab 2020 die Höherwertung ihrer Einkommen wegfällt.

Flexibler Ausstieg?

Erstens: Die SPD fordert eine deutliche Verbesserung der Erwerbsminderungsrente durch die Erhöhung der Zurechnungszeiten, eine bessere Bewertung der letzten Arbeitsjahre vor Eintritt der Erwerbsminderung und die Abschaffung der Abschläge.

Zweitens: Will die SPD den abschlagsfreien Zugang zur Rente nach 45 Versicherungsjahren. Gefordert werden weiterhin erleichterte Möglichkeiten die Einführung der Teilrente ab dem 60. Lebensjahr oder vergleichbare flexible Übergangsmo-
delles.

Drittens: Hinsichtlich der Rente mit 67 bleibt es bei der bisherigen Beschlusslage: Grundsätzlich wird an der Rente mit 67 festgehalten, sie soll aber solange ausgesetzt werden bis 50 Prozent der 60 bis 64 jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

Bewertung:

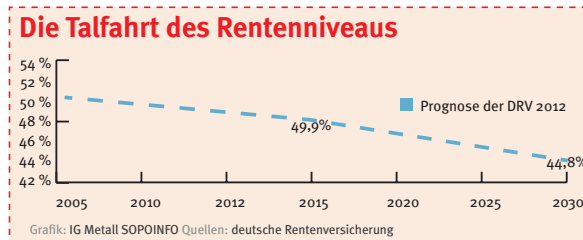
Es werden viele Forderungen der IG Metall zum flexiblen Ausstieg übernommen. Die Umsetzung der Kriterien würde in der nächsten Legislaturperiode zur Aussetzung der Anhebung des Renteneintrittsalters führen. Dies wäre bereits ein großer Erfolg. Aber den längst fällig generellen Abschied von der Rente mit 67 vollzieht die SPD damit nicht.

Solide finanziert?

Die Finanzierung der Vorschläge soll durch eine stetige Steigerung der Rentenversicherungsbeiträge bis auf das Niveau von 22 Prozent erfolgen. Zudem soll geprüft werden, ob für die Arbeitgeber ein Bonus-Malus-System entwickelt werden kann, das Anreize für alters- und altengerechte Arbeitsplätze und die Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer/innen schafft. Längerfristig plant die SPD die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung.

Bewertung:

Die SPD greift zentrale gewerkschaftliche Vorschläge zur Finanzierung der Alterssicherung auf.



Fazit

Die SPD ist in vielen Teilaspekten auf die Gewerkschaften zugegangen. Viele ihrer Beschlüsse beinhalten eine programmatische Abkehr vom Agenda-Kurs. Allerdings belässt es die SPD hinsichtlich der Kernfrage nach dem Rentenniveau bei einem Formelkompromiss, dessen Umsetzung offen ist. Zum längst überfälligen Abschied von der Rente mit 67 kann sich die SPD nicht durchringen. Mit den Beschlüssen ist deutlich geworden, dass es mit der SPD neben der Partei DIE LINKE eine weitere Partei gibt, die Bezug auf die rentenpolitische Programmatik der IG Metall nimmt. Eine ähnliche Kurskorrektur steht bei Bündnis 90/Die Grünen und der CDU/CSU noch aus. Aber die bei der SPD vollzogenen programmatischen Verbesserungen zeigen, dass es sich aus Sicht der IG Metall gelohnt hat, die Rentenpolitik zu einem gesellschaftlichen Thema zu machen. Die offenen Punkte im Rentenkonzept der SPD zeigen aber ebenso wie die Haltung anderer Parteien, dass die politische Auseinandersetzung um die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung längst nicht beendet ist. Die IG Metall wird weiter für ihre rentenpolitischen Vorstellungen im Rahmen der Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“ öffentlich werben und mobilisieren müssen.

Impressum:

Herausgeber: IG Metall Vorstand,
Funktionsbereich Sozialpolitik,
60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Hans-Jürgen Urban

Redaktion: Christoph Ehlscheid, Axel Gerntke,
Angelika Beier, Stefanie Janczyk,
Lion Johannes Salomon

Gestaltung: Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de.
Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.

